

Pressemitteilung der Freien Demokraten in Aurich

Aurich, 17.11.2020

Sarah Buss,
Vorstandsmitglied FDP
Niedersachsen,
Pressesprecherin des FDP
Kreisverband
Aurich/Norden,
Stellv. Vorsitzende des
FDP Bezirksverbandes
Ems/Jade
Stellv. Vorsitzende des
FDP Ortsverband Aurich
Pressesprecherin der FDP
Aurich

E-Mail:
sarahxbuss@gmail.com

Postzusendungen via

Menko Bakker
Kreisvorsitzender
KV Aurich

fdp@menko-bakker.de
www.fdp-kv-aurich.de

Dickfehler Weg 43
26605 Aurich
T: 0151 - 41833444

FDP in Aurich: Erhöhung der Krippengebühren darf insbesondere zu Zeiten der Corona-Krise nicht zur übermäßigen Belastung der Familien führen

Die Freien Demokraten in Aurich plädieren insbesondere im Lichte der aktuellen Krise erneut für eine stufenweise Einführung der Erhöhung der Krippengebühren. Insbesondere dürfen sachfremde Erwägungen, wie ein drohender erhöhter Arbeitsaufwand seitens der Verwaltung bei einer stufenweisen Erhöhung, keine Rolle spielen.

Die FDP Aurich spricht sich nach wie vor für eine moderate und sozial verträgliche Anhebung der Krippengebühren insgesamt aus, da die Finanzlage der Stadt keine andere Handhabung des Defizits zulässt. Aber wie so oft ist es die geplante Art und Weise der Maßnahme, die hier zu Kopfschütteln führt. So wenig Feingefühl und Verständnis für die finanzielle Lage von Familien ist insbesondere in diesen Zeiten der allgemeinen Krise unverantwortlich. Viele Familien sind von Kurzarbeit und anderen krisenbedingten Einkommensverlusten betroffen, wenn sie die geplante Krippengebührenerhöhung nun auch noch auf einen Schlag treffen soll. Eine stufenweise Erhöhung ist das Mindeste, was zu diesen Zeiten für die Familien aus Sicht der Auricher Freien Demokraten getan werden muss.

Ein erhöhtes Arbeitsaufkommen für die Stadt ist zwar ärgerlich, aber es ist zu bedenken, dass die zahlenden Familien ebenfalls durch Mehrarbeit die Erhöhung der Krippengebühren finanzieren müssen. Wenn man als junge Familie sein persönliches Budget mit den aktuellen Krippengebühren geplant hat und nunmehr mit einer derartigen und sofortigen Mehrbelastung überzogen werden soll, dann ist das nicht mehr verhältnismäßig.

Wenn es der Verwaltung beispielsweise nicht möglich ist, die Gebührenanpassung in zwei Schritten innerhalb eines Jahres vorzunehmen, so wäre die Erhöhung in zwei oder drei Stufen über zwei oder drei Jahre die richtige Antwort anstatt der Erhöhung auf einen Schlag.



Sarah Buss, Pressesprecherin der FDP Aurich